

Fragen

für die Fragestunde der 139. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 6. Dezember 2000

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Bleser, Peter (CDU/CSU)	38, 39	Lippmann, Heidi (PDS)	10, 11
Börnßen, Wolfgang (Bönstrup) (CDU/CSU)	69	Dr. Meister, Michael (CDU/CSU)	65, 66
Bonitz, Sylvia (CDU/CSU)	5, 12	Michelbach, Hans (CDU/CSU)	59, 60
Brudlewsky, Monika (CDU/CSU)	8, 9	Michels, Meinolf (CDU/CSU)	13, 14
Bulling-Schröter, Eva-Maria (PDS)	30, 31	Niebel, Dirk (F.D.P.)	50, 51
Deittert, Hubert (CDU/CSU)	23, 24	Nolting, Günther Friedrich (F.D.P.)	48, 49
Deß, Albert (CDU/CSU)	25, 40	Ostrowski, Christine (PDS)	67, 68
Doss, Hansjürgen (CDU/CSU)	57, 58	Otto, Hans-Joachim (Frankfurt am Main)	45 (F.D.P.)
Götz, Peter (CDU/CSU)	71, 72	Ronsöhr, Heinrich-Wilhelm (CDU/CSU)	19, 20
Goldmann, Hans-Michael (F.D.P.)	43, 44	Schauerte, Hartmut (CDU/CSU)	26, 27
Hasselfeldt, Gerda (CDU/CSU)	15, 16	Sebastian, Wilhelm Josef (CDU/CSU)	54, 70
Hauser, Hansgeorg (Rednitzhembach)	17, 18 (CDU/CSU)	Siemann, Werner (CDU/CSU)	46, 47
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	32, 33	Singhammer, Johannes (CDU/CSU)	55, 56
Janovsky, Georg (CDU/CSU)	28, 29	Straubinger, Max (CDU/CSU)	3, 4
Dr.-Ing. Kansy, Dietmar (CDU/CSU)	63, 64	Weiß, Gerald (Groß-Gerau) (CDU/CSU) ...	41, 42
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	1, 2	Weiß, Peter (Emmendingen) (CDU/CSU)	6, 7
Kraus, Rudolf (CDU/CSU)	52, 53	Wöhrl, Dagmar (CDU/CSU)	21, 22
Lennartz, Klaus (SPD)	36, 37	Zierer, Benno (CDU/CSU)	61, 62
Lensing, Werner (CDU/CSU)	34, 35		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	3
Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes	4
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	13

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

1. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU) Über welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse verfügt die Bundesregierung hinsichtlich der Kommunistischen Plattform (KPF) der PDS, und wie bewertet die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Haltung des auf dem 7. Parteitag im Oktober 2000 neu gewählten Bundesvorstandes der PDS gegenüber der KPF?

2. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU) Wie bewertet die Bundesregierung die Einschätzung (vgl. FAZ vom 14. November 2000, Süddeutsche Zeitung vom 15. November 2000), die Kommunistische Plattform (KPF) der PDS sei eine Gruppe, die am Rande der freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehe und in deren Veröffentlichungen nichts Verfassungsfeindliches entdeckt werden könne, vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Bundesregierung in ihrem Verfassungsschutzbericht für 1999 die KPF als extremistische Struktur in der PDS einstuft, und hält die Bundesregierung angesichts ihrer Erkenntnisse über die KPF an einer Beobachtung dieser Gruppierung fest?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

3. Abgeordneter
Max Straubinger
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, dass sich der Bundesausschuss Kassen/Ärzte darauf geeinigt haben soll, dass zukünftig keine Hals-Nasen-Ohren-Ärzte und Kinderärzte, sondern nur noch Spezialärzte Sprachtherapien vornehmen dürfen?

4. Abgeordneter
Max Straubinger
(CDU/CSU) Wird mit einer solchen Maßnahme nicht die flächendeckende Versorgung mit Sprachtherapie gefährdet?

Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes

5. Abgeordnete
Sylvia Bonitz
(CDU/CSU)
- Hat Bundeskanzler Gerhard Schröder, z. B. in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, veranlasst, dass eine falsch ausgewiesene Spende des Caritas-Managers Hans-Joachim Doerfert i. H. v. 6 700 DM, die im Mai 1998 aus vermeintlichen Wetteinsätzen u. a. des zurückgetretenen Bundesministers für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Reinhard Klimmt, anlässlich des Auftrittes von Schlagersänger Guildo Horn beim „Grand Prix d’Eurovision“ resultierte, zurückgezahlt wird, und wenn ja, wann?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

6. Abgeordneter
Peter Weiß
(Emmendingen)
(CDU/CSU)
- Bedeutet die Äußerungen des Staatsministers im Auswärtigen Amt (AA), Dr. Ludger Volmer, in seinem Papier mit dem Titel „Grüne Akzente in der deutschen Außenpolitik“ vom 6. November 2000, dass das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), welches trotz der gesunkenen Entwicklungshilfe über ungleich mehr Programm- und Projektmittel als das AA verfüge, versuche, sich originäre Themen des AA anzueignen, was die Frage provoziere, wofür man eigentlich zwei Außenministerien brauche, dass es in der Bundesregierung entgegen den Auskünften von Staatssekretär Erich Stather vom BMZ und Staatsminister Dr. Ludger Volmer in der Fragestunde vom Mittwoch, den 11. Oktober 2000 (Plenarprotokoll 14/123 S. 11789 A) doch Überlegungen gibt, das BMZ mit dem Auswärtigen Amt zusammenzulegen?
7. Abgeordneter
Peter Weiß
(Emmendingen)
(CDU/CSU)
- Welche Bundesministerien sind nach der Geschäftsordnung der Bundesregierung federführend zuständig für die Bereiche Kindersoldaten, Landminen, Stabilitätspakt für Südosteuropa, Krisenpräventionen, insbesondere ziviler Friedensdienst, und in welcher Weise sollen entsprechend den unter Frage 6 genannten Äußerungen des Staatsministers Dr. Ludger Volmer diese Zuständigkeiten neu geordnet werden?

8. Abgeordnete
**Monika
Brudlewsky**
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis über die regierungsamtlichen Äußerungen (s. türkisches Boulevardblatt „Takvim“ vom 27. November 2000; Tagesspiegel vom 28. November 2000) von türkischen Regierungsmitgliedern über die auf einer Pressekonferenz in Ankara dargelegten Eindrücke der Türkei-reise (vom 19. bis 26. November 2000) der Vertreter des Menschenrechtsausschusses des Deutschen Bundestages hinsichtlich der Menschenrechtssituation im Lande, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie hieraus?
9. Abgeordnete
**Monika
Brudlewsky**
(CDU/CSU)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus diesem Verhalten hinsichtlich des EU-Beitritts-wunsches der Türkei?
10. Abgeordnete
**Heidi
Lippmann**
(PDS)
- Kann die Bundesregierung Angaben des Innenministers der Bundesrepublik Jugoslawien, vom 24. November 2000 (laut Nachrichtenagentur Tanjug) bestätigen, wonach zwischen dem Tag des Einmarsches der KFOR-Truppen im Kosovo (10. Juni 1999) und dem 18. November 2000 insgesamt 1 055 Menschen, darunter 917 Serben, durch ethnisch motivierte Gewaltakte getötet worden sind?
11. Abgeordnete
**Heidi
Lippmann**
(PDS)
- Werden auch diese Gewaltverbrechen vom International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia (ICTY) untersucht und verfolgt, und wenn nein, warum nicht?
12. Abgeordnete
**Sylvia
Bonitz**
(CDU/CSU)
- Ist es zutreffend, dass der Bundesminister des Auswärtigen, Joseph Fischer, am 6. Dezember 2000 vor dem Frankfurter Landgericht in dem Strafverfahren gegen seinen des dreifachen Mordes angeklagten Bekannten, den Ex-Terroristen Hans-Joachim Klein, als Zeuge aussagen soll (vgl. FAZ-Bericht vom 25. November 2000), und welche konkreten Umstände begründen seine Ladung zur Zeugenvernahme?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

13. Abgeordneter
Meinolf Michels
(CDU/CSU)
- Wie hoch ist der Betrag, den die Landwirtschaft für die Jahre 1999 und 2000 an Ökosteuer gezahlt hat, und wie viel wird sie nach Schätzung der Bundesregierung in den Jahren 2001, 2002 und 2003 zahlen müssen?
14. Abgeordneter
Meinolf Michels
(CDU/CSU)
- Welche Anteile der von der Landwirtschaft entrichteten Ökosteuer sind in den Jahren 1999 und 2000 in die Landwirtschaft zur Senkung der Sozialversicherungsbeiträge wieder zurückgeflossen, und wie schätzt die Bundesregierung diese Beträge für die Jahre 2001, 2002 und 2003 ein?
15. Abgeordnete
Gerda Hasselfeldt
(CDU/CSU)
- Welche Aktivitäten wurden bisher von Seiten der Bundesregierung auf europäischer Ebene unternommen, um innerhalb der EU die Energiesteuern zu harmonisieren und die Wettbewerbsnachteile für deutsche Unternehmen durch die im europäischen Alleingang eingeführte Ökosteuer zu beseitigen?
16. Abgeordnete
Gerda Hasselfeldt
(CDU/CSU)
- Wie rechtfertigt die Bundesregierung die steigenden Belastungen durch die Ökosteuer, insbesondere für Familien im ländlichen Raum, die im Alltag keine Alternative zum Auto haben?
17. Abgeordneter
Hansgeorg Hauser
(Rednitzhembach)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Verfassungsbeschwerden gegen die Ökosteuer beim Bundesverfassungsgericht anhängig sind und welche Regelungen jeweils kritisiert werden?
18. Abgeordneter
Hansgeorg Hauser
(Rednitzhembach)
(CDU/CSU)
- Wurde die Bundesregierung zu den o. g. anhängigen Verfassungsbeschwerden vom Bundesverfassungsgericht schon um Stellungnahme gebeten, und wenn ja, wie lautet diese?

19. Abgeordneter
**Heinrich-Wilhelm
Ronsöhr**
(CDU/CSU)
- Bestätigt die Bundesregierung die Aussage des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Karl-Heinz Funke, dass Landwirte von der Ökosteuer ab kommendem Jahr nicht mehr betroffen seien?
20. Abgeordneter
**Heinrich-Wilhelm
Ronsöhr**
(CDU/CSU)
- Bei wie viel Prozent der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland wird aufgrund der Überschreitung der Sockelbeträge bei Strom sowie bei Heizöl/Gas der Steuersatz reduziert?
21. Abgeordnete
**Dagmar
Wöhrl**
(CDU/CSU)
- Hält es die Bundesregierung für vereinbar mit dem Gleichheitssatz des Grundgesetzes, dass ein Handelsunternehmen – z. B. ein Baumarkt – die Ökosteuer zu 100 Prozent zahlen muss, obwohl es zum Teil dieselben Produkte herstellt wie ein Industriebetrieb, der nur 20 Prozent der Ökosteuer zahlen muss?
22. Abgeordnete
**Dagmar
Wöhrl**
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Meinung, dass es bei Dienstleistungen, wie z. B. Verkehr, Handel, Beherbergungsgewerbe, keinen internationalen Wettbewerb gibt vor dem Hintergrund, dass die Bundesregierung die Ermäßigungsregelung für das produzierende Gewerbe damit begründet, dass diese Unternehmen im internationalen Wettbewerb stehen?
23. Abgeordneter
**Hubert
Deitert**
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass allein in den ersten beiden Stufen der Ökosteuer durch die deutliche Erhöhung der Kraftstoffpreise um rd. 14 Pfennig je Liter (inkl. Mehrwertsteuer) der Bund Mehreinnahmen von über 10 Mrd. DM erzielt hat, ohne dass eine Mark zusätzlich in den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur zurückgeflossen ist, und dass der Bund mit den nächsten drei Stufen der Ökosteuer weitere Mehreinnahmen aus den Mineralölsteuererhöhungen von in der Summe über 35 Mrd. DM und in den Folgejahren von weiteren rd. 16 Mrd. DM pro Jahr erhalten wird, ohne dass für den Autofahrer eine Gegenleistung vorgesehen ist?

24. Abgeordneter
**Hubert
Deittert**
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, angesichts des Ausbaubedarfs in der Verkehrsinfrastruktur, wo allein im Bereich der Bundesfernstraßen der Umfang rechtskräftig planfestgestellter, also baureifer Projekte bundesweit über 5 Mrd. DM beträgt, für die keine Finanzierung besteht, einen Anteil aus den Mehreinnahmen der Mineralölsteuer zweckzubinden?
25. Abgeordneter
**Albert
Deß**
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob sich durch die Ökosteuer in anderen Wirtschaftsbereichen ein ähnlich ungleiches Verhältnis zwischen Be- und Entlastung ergibt wie in der Landwirtschaft?
26. Abgeordneter
**Hartmut
Schauerte**
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Belastung mittelständischer Unternehmen durch die sog. Ökosteuer im Vergleich zu ihren europäischen Wettbewerbern, und wie schätzt sie das Risiko eines Verbots der abgesenkten Steuerlast für das produzierende Gewerbe ein?
27. Abgeordneter
**Hartmut
Schauerte**
(CDU/CSU)
- Mit welcher Steuerlast wird der Ausstoß einer Tonne an CO₂-Emissionen durch das Gesetz zum Einstieg in die ökologische Steuerreform sowie das Gesetz zur Fortführung der ökologischen Steuerreform im Zeitraum von 1999 bis 2003 bei Benzin, Diesel, Heizöl, Erdgas, Strom, Kohle und Kernenergie belegt, und werden die zusätzlichen Kostenbelastungen für Klein- und Mittelbetriebe des Mittelstands, insbesondere des Handwerks, in der Gewinngrößenklasse zwischen 50 000 und 100 000 DM, die mit den Sockelbelastungen der Ökosteuer konfrontiert sind, durch die Unternehmenssteuerreform kompensiert?
28. Abgeordneter
**Georg
Janovsky**
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung es im Rahmen der EU-Osterweiterung für sinnvoll, die Grenzübergänge nach Polen generell zu verbessern, und trifft es in diesem Zusammenhang zu, dass z. B. am Autobahngrenzübergang Ludwigsdorf für ein- und ausreisende Fahrzeuge eine weitere Abfertigungsspur geschaffen werden soll?

29. Abgeordneter
Georg Janovsky
(CDU/CSU)
- Welche Fahrzeug- und Güterarten stehen bei der Verbesserung der Grenzübergänge ggf. im Vordergrund, und für welche Fahrzeug- und Güterarten soll dies z. B. am Grenzübergang Ludwigsdorf gelten?
30. Abgeordnete
Eva-Maria Bulling-Schröter
(PDS)
- Welche Anweisung hat die Bundesregierung dem deutschen Vertreter in der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) zur gestrigen und heutigen Sitzung der EBWE mit auf den Weg gegeben, damit der Beschluss des Deutschen Bundestages vom 17. Juni 1999, mit dem die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit auf Bundestagsdrucksache 14/1143 angenommen wurde, keine Unterstützung zum Bau der Atomkraftwerke in der Ukraine zu leisten, erfüllt wird?
31. Abgeordnete
Eva-Maria Bulling-Schröter
(PDS)
- Was hat die Bundesregierung unternommen, um weitere Finanzquellen, wie etwa Hermes Bürgschaften und EURATOM Mittel, zum Bau der ukrainischen Atomkraftwerke K2 und R4 zu verweigern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

32. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU)
- Reichen die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel bei der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ aus, um allen Förderanträgen aus der Wirtschaft bzw. aus den Kommunen gerecht zu werden?
33. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU)
- Werden bei Förderanträgen die möglichen Förderhöchstsätze bei der Gemeinschaftsaufgabe (GA) erreicht, und wenn nicht, welche durchschnittlichen Fördersätze können aufgrund der Haushaltsansätze gewährt werden?
34. Abgeordneter
Werner Lensing
(CDU/CSU)
- Aus welchen Gründen liegt die finanzielle Zuständigkeit für die Aufstiegsfortbildungsförderung (AFBG) im Bereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie?

35. Abgeordneter
**Werner
Lensing**
(CDU/CSU)
- Ist es aufgrund der Tatsache, dass das „Meister-BAföG“ (BAföG: Bundesausbildungsförderungsgesetz) als Bildungsgesetz in der materiellen Zuständigkeit des Bundesministeriums für Bildung und Forschung liegt, nicht sinnvoller, auch die finanzielle Zuständigkeit wegen der zu Recht immer wieder betonten Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung und der dadurch gegebenen Parallelität des „Meister-BAföG“ zum „Studenten-BAföG“ ausschließlich im Bereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung anzusiedeln?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

36. Abgeordneter
**Klaus
Lennartz**
(SPD)
- Warum ist es in Deutschland – anders als in Frankreich – erlaubt, Tiermehl als Futtermittel für andere Tiere außer Rindern und Wiederkäuern einzusetzen, und wie viele Tonnen Tiermehl sind jährlich seit 1994 nach Deutschland importiert worden?
37. Abgeordneter
**Klaus
Lennartz**
(SPD)
- Ist auszuschließen, dass importiertes Tiermehl von BSE befallenen Tieren in Deutschland an andere Tiere verfüttert wird, und welche Kontrollen werden hierfür durchgeführt?
38. Abgeordneter
**Peter
Bleser**
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang ist die Bundesregierung bereit, die Kosten der BSE-Schnelltests, der Beseitigung von nicht mehr zugelassenem Tiermehl und der Entsorgung von Tierkadavern zu übernehmen?
39. Abgeordneter
**Peter
Bleser**
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang ist die Bundesregierung bereit, den Anbau von proteinhaltigen Pflanzen, wie beispielsweise Erbsen, Bohnen und Klee gras, zur Deckung des Proteinbedarfs landwirtschaftlicher Nutztiere zu fördern, bzw. sich für eine solche Förderung bei der Europäischen Union einzusetzen?
40. Abgeordneter
**Albert
Deß**
(CDU/CSU)
- Wer hat seitens der Bundesregierung an der Krisensitzung am 25. November 2000 in Bonn zum Thema BSE teilgenommen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

41. Abgeordneter
Gerald Weiß
(**Groß-Gerau**)
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung den im Entwurf für die sozialpolitische Agenda 2000 bis 2005 enthaltenen Vorschlag der Europäischen Kommission unterstützen, das Jahr 2003 zu einem Europäischen Jahr der Behinderten zu machen?
42. Abgeordneter
Gerald Weiß
(**Groß-Gerau**)
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung den im Entwurf für die sozialpolitische Agenda 2000 bis 2005 enthaltenen Vorschlag der Europäischen Kommission unterstützen, jährlich einen Europäischen Tag der Menschen mit Behinderungen zu organisieren?
43. Abgeordneter
Hans-Michael Goldmann
(F.D.P.)
- Wann ist im Anschluss an die Erklärung des Bundeskanzlers Gerhard Schröder vom 23. November 2000, das ehrenamtliche soziale Engagement stärker fördern zu wollen, indem es bei der Berechnung der Lebensarbeitszeit für die Sozialversicherung berücksichtigt wird, mit einer parlamentarischen Initiative der Bundesregierung zur Stärkung des Ehrenamtes unter Berücksichtigung der vom Bundeskanzler angekündigten Punkte Einbeziehung des sozialen Engagements bei der Berechnung der Lebensarbeitszeit für die Sozialversicherung und Einführung eines Steuerfreibetrages von 300 DM für Aufwandsentschädigungen im gemeinnützigen Bereich, zu rechnen?
44. Abgeordneter
Hans-Michael Goldmann
(F.D.P.)
- Versteht der Bundeskanzler unter „sozialem Engagement“ auch das ehrenamtliche Engagement in Sportvereinen, und falls nicht, wieso beschränkt der Bundeskanzler seinen Vorstoß auf das soziale Engagement?
45. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto
(**Frankfurt am Main**)
(F.D.P.)
- Aus welchem Grunde soll ein Forschungsauftrag des (Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung (BMA) zur Ermittlung des für die Höhe des Bundeszuschusses zum KSV-Gutachten (KSV: Künstlersozialversicherung) in Auftrag gegeben werden, wenn doch der Bundeszuschuss zur Künstlersozialkasse (KSK) bis 2005 stabil gehalten werden soll, wie aus der Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin, Ulrike Mascher, auf die Kleine Anfrage „Zukunft der Künstlersozialversicherung“, Bundestags-

drucksache 14/3728, und aus einer Stellungnahme der stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Ulla Schmidt vom 14. November 2000 gegenüber dem deutschen Kulturrat hervorgeht, was jedoch ein Schreiben des BMA vom 16. November 2000 (Forschungsauftrag zur Ermittlung des für die Höhe des Bundeszuschusses zur KSK maßgeblichen Selbstvermarktungsanteils) wiederum in Frage stellt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

46. Abgeordneter
Werner Siemann
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen hat der Bundesminister der Verteidigung (BMVg) getroffen, dass die durch fehlende Haushaltsmittel bedingte Ersatzteilversorgung beim Schützenpanzer MARDER zukünftig wieder sichergestellt wird?
47. Abgeordneter
Werner Siemann
(CDU/CSU) Welche Planungen bestehen im BMVg, die Entwicklung des Kampfwertanpassungsprogramms der Drohne CL-289 auf das Haushaltsjahr 2001 vorzuziehen?
48. Abgeordneter
Günther Friedrich Nolting
(F.D.P.) Auf welcher Rechtsgrundlage basiert die Handlungsweise der Bundesregierung, bei Auslandseinsätzen des Kommandos Spezialkräfte (KSK) auf die vorherige, bzw. in begründeten Ausnahmefällen, auf die nachträgliche Zustimmung des Deutschen Bundestages zu verzichten und teilt die Bundesregierung meine Befürchtung, dass eine derartige Handlungsweise die Parlamentsarmee Bundeswehr in eine Regierungsarmee verwandelt?
49. Abgeordneter
Günther Friedrich Nolting
(F.D.P.) Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, dass die Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben im In- und Ausland nicht Teil des Auftrages der Bundeswehr ist, und wie begründet sie dann die Festnahme von per Haftbefehl gesuchten Verbrechern auf dem Balkan durch das Kommando Spezialkräfte (KSK) an Stelle der Spezialeinheit des Bundesgrenzschutzes GSG 9?

50. Abgeordneter
Dirk Niebel
(F.D.P.)
- Was waren bzw. sind die Gründe der Bundesregierung, zur Festnahme von mit Haftbefehl gesuchten Verbrechern im Ausland an Stelle der Spezialeinheit des Bundesgrenzschutzes GSG 9 oder Beamter des Bundeskriminalamtes Bundeswehrsoldaten des Kommandos Spezialkräfte (KSK) einzusetzen, und soll eine derartige Verfahrensweise zukünftig auch auf das Inland ausgedehnt werden?
51. Abgeordneter
Dirk Niebel
(F.D.P.)
- Sieht die Bundesregierung die Gefahr, dass die zur Festnahme von mit Haftbefehl gesuchten Verbrechern im Ausland eingesetzten Bundeswehrsoldaten im Kosovo durch den möglichen Verlust ihres Kombattantenstatus nicht mehr die Schutzfunktion des Kriegsvölkerrechts genießen, und wurde diese Gefahr und die sich daraus ergebenden Folgen den betroffenen Soldaten urkundlich eröffnet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

52. Abgeordneter
Rudolf Kraus
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, dass die Finanzierung für das Teilstück der A 6 Amberg-Ost Pfreimd als Lückenschluss zwischen dem Autobahnkreuz Nürnberg und Prag durch Beschluss der Bundesregierung gesichert ist?
53. Abgeordneter
Rudolf Kraus
(CDU/CSU)
- Wann ist damit zu rechnen, dass die Vorarbeiten für die Bauarbeiten konkret beginnen, und welcher Zeitraum bis zur Fertigstellung dieses Teilstücks ist ins Auge gefasst?
54. Abgeordneter
Wilhelm Josef Sebastian
(CDU/CSU)
- Welche Planungen verfolgt die Bundesregierung gemeinsam mit der Landesregierung Rheinland-Pfalz hinsichtlich des Weiterbaus der Eifelautobahn A 1 und ihres endgültigen Lückenschlusses, und welche Finanzmittel will die Bundesregierung hierfür verwenden?
55. Abgeordneter
Johannes Singhammer
(CDU/CSU)
- Stimmen Zeitungsberichte, dass beim erfolgten Verkauf der sog. Eisenbahnerwohnungen vertragliche Regelungen getroffen wurden, die vorsehen, dass der neue Eigentümer die Miete jährlich um drei Pro-

zent plus Inflationszuschlag anheben darf, in den nächsten 10 Jahren also um ca. 60 Prozent?

56. Abgeordneter
**Johannes
Singhammer**
(CDU/CSU)
- Stehen solche vertraglichen Vereinbarungen mit dem geltenden bzw. dem von der Bundesregierung derzeit vorgesehenen neuen Mietrecht in Einklang?
57. Abgeordneter
**Hansjürgen
Doss**
(CDU/CSU)
- Was unternimmt die Bundesregierung im Rahmen ihrer hoheitlichen Aufsicht dagegen, dass die Deutsche Bahn AG (DB AG) und ihre verbundenen Unternehmen weiterhin nach dem 4. Abschnitt der VOB/A ausschreiben und damit eine eindeutige Entscheidung des Vergabeüberwachungsausschusses des Bundes vom Dezember 1998 missachten und die DB AG sowie ihre verbundenen Unternehmen darüber hinaus mit der schleppenden Bearbeitung und Zahlung von Nachträgen und Rechnungen die Bauunternehmen in Liquiditätsprobleme bringen können?
58. Abgeordneter
**Hansjürgen
Doss**
(CDU/CSU)
- Was unternimmt die Bundesregierung im Rahmen ihrer hoheitlichen Aufsicht dagegen, dass die DB AG und ihre verbundenen Unternehmen in großem Umfang für die Auftragnehmer nachteilige – oftmals den Regelungen über allgemeine Geschäftsbedingungen widersprechende – Vertrags- und Vergabebedingungen verwenden und die DB AG und ihre verbundenen Unternehmen zudem bei der Vergabe Fragebögen (so genannte Questionnaires) verwenden, mit denen Auftrageberrisiken in unzulässiger Weise auf den Anbieter übertragen werden?
59. Abgeordneter
**Hans
Michelbach**
(CDU/CSU)
- Welche Risiken ergeben sich in der Sicherheitsfrage durch die vielfachen Tunnelkonstruktionen auf der ICE-Neubaustrecke Hannover–Würzburg?
60. Abgeordneter
**Hans
Michelbach**
(CDU/CSU)
- Ist es nicht sinnvoll, die Tunnelanlage Heigenbrücken auf der Bahnstrecke Würzburg–Aschaffenburg vorrangig zu sanieren bevor, mit der so genannten Mottgers Spange eine weitere Neubaustrecke mit großen Tunnellösungen in Angriff genommen wird?

61. Abgeordneter
Benno Zierer
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen des fortgesetzten Rückzugs der DB AG aus der Fläche unter verkehrspolitischen und ökologischen Gesichtspunkten?
62. Abgeordneter
Benno Zierer
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um dazu beizutragen, dass die DB AG auf dem Gütersektor leistungsfähiger gemacht und das Wettbewerbsverhältnis Schiene–Straße dadurch zugunsten der Schiene verändert wird?
63. Abgeordneter
Dr.-Ing. Dietmar Kansy
(CDU/CSU)
- Welche Rolle spielt nach Meinung der Bundesregierung die geplante Mega-Hub-Anlage in Lehrte (Landkreis Hannover) bei der vom Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Kurt Bodewig, angekündigten stärkeren Förderung des kombinierten Verkehrs, um Fracht von der Straße auf die Schiene umzulenken?
64. Abgeordneter
Dr.-Ing. Dietmar Kansy
(CDU/CSU)
- Könnte sich die Bundesregierung bereit erklären, falls die Anlage in Lehrte nicht von der DB AG federführend betrieben wird, sondern von einer privaten Betreibergesellschaft, dass der Bund bei den Investitionskosten Hilfestellung gibt, damit diese Anlage in naher Zukunft zustande kommt?
65. Abgeordneter
Dr. Michael Meister
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis über den volkswirtschaftlichen Schaden der Fahrzeitverluste bei der DB AG durch Langsamfahrstellen und durch bereits im Fahrplan vorgenommene Verlangsamungen, und wie groß sind diese Fahrzeitverluste?
66. Abgeordneter
Dr. Michael Meister
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung im Rahmen ihrer hoheitlichen Aufsicht bekannt, in welchem Umfang die DB AG bei mit Streckenbau beauftragten Drittunternehmen Zahlungsfristen in Anspruch nimmt und ob es hierdurch in der Vergangenheit zu Liquiditätsproblemen bei den beauftragten Firmen gekommen ist?
67. Abgeordnete
Christine Ostrowski
(PDS)
- Inwieweit wurden die betroffenen 18 Eisenbahnwohnungs-Gesellschaften, deren Immobilienvermögen, das bis jetzt im Besitz des Bundeseisenbahnvermögens (BEV) ist, in die Verkaufsverhandlungen mit privaten Bietern einbezogen?

68. Abgeordnete
Christine Ostrowski
(PDS)
- Sind die Eisenbahn-Wohnungsgesellschaften vor Aufstellung und Verhandlung der Konditionen der Kaufverträge gehört worden, und auf welche Weise sind ihre Ansprüche und Vorstellungen, was die Weiterführung der betrieblichen Wohnungsfürsorge für Angestellte der Bahn betrifft, in die Kaufverträge eingegangen?
69. Abgeordneter
Wolfgang Börnsen
(Bönstrup)
(CDU/CSU)
- Mit welchen Maßnahmen, Methoden und Resultaten wird derzeit das Fahren unter Drogeneinfluss in der Bundesrepublik Deutschland kontrolliert und aufgearbeitet, das nach Angaben von Verkehrsexperten ein zunehmendes Problem wird, und von welcher Dunkelziffer geht man von Seiten der Bundesanstalt für Straßenwesen dabei aus?
70. Abgeordneter
Wilhelm Josef Sebastian
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Sachverhalt, dass angesichts des Verhältnisses zwischen Mehrbelastung und versprochener Entlastung die Gesamtkosten im Güterkraftverkehrsgewerbe so steigen, dass bei vielen Betrieben die Umsatzrendite aufgezehrt wird, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um angesichts dieser Wettbewerbssituation für den deutschen Güterkraftverkehr im Vergleich mit seinen europäischen Konkurrenten, denen im Gegensatz die Mineralölsteuer z. T. rückerstattet wird, Chancengleichheit herzustellen und das Versprechen aus der Koalitionsvereinbarung, die Harmonisierungsdefizite im Bereich der Steuer- und Sozialvorschriften zu beseitigen, auch zu erfüllen?
71. Abgeordneter
Peter Götz
(CDU/CSU)
- Was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun, damit nicht angesichts der gestiegenen Heizöl/Gaskosten, die in der Heizperiode 2000/2001 durch den einmaligen Heizkostenzuschuss nicht einmal zur Hälfte ausgeglichen werden, die Wohngeld-Anhebungen zum 1. Januar 2001 für Tabellenwohngeld-Empfänger, die unterdurchschnittlich von den Anhebungen begünstigt werden, im Saldo wieder zurückgenommen werden?
72. Abgeordneter
Peter Götz
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung die Feststellung für gerechtfertigt, dass für Wohngeld-Empfänger in den neuen Ländern, die zum 1. Januar 2001 weit unterdurchschnittliche Tabellenwohngeld-Anhebungen zu erwarten haben, im Saldo mit den zwischenzeitlich gestiegenen Heizöl/Gaspreisen sich sogar geringere Entlastungswirkungen im Vergleich zum Jahr 1998 ergeben werden?